

Der Bundesrat

Wasserressourcen: Bundesrat will Sicherheit für Wasserversorgung der Schweiz

Bern, 18.05.2022 - Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. Mai 2022 einen Bericht zur Wasserversorgungssicherheit verabschiedet. Angesichts des Klimawandels stellen sich Fragen, wie künftig die bestehenden Bedürfnisse am besten abgedeckt werden können. Der Bundesrat schlägt verschiedene Massnahmen vor. Unter anderem empfiehlt er den Kantonen, ein regionales Wassermanagement durchzuführen und den aktuellen Wasserverbrauch umfassender zu messen. Der Klimawandel wird sich auch auf die Wassernutzung in der Landwirtschaft auswirken.

Die Schweiz ist ein wasserreiches Land und wird dies auch mit dem Klimawandel bleiben. Im Sommer werden aber Flüsse und Bäche weniger Wasser führen als heute. Zudem wird es noch häufiger und länger trocken sein. Während diesen Phasen kann das Wasser regional für eine gewisse Zeit knapp werden.

Der Bericht des Bundesamtes für Umwelt BAFU «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement» zeigt Lösungsmöglichkeiten auf. Er legt dar, wie sich der Wasserverbrauch und das Angebot an Wasser bis im Jahr 2050 in der Schweiz entwickeln werden. Weiter beleuchtet er Konflikte, die während Zeiten mit Wasserknappheit auftreten können. Schliesslich geht er auf die internationalen Auswirkungen der Wassernutzung in der Schweiz ein. Der Bundesrat hat den Bericht und die Empfehlungen in Erfüllung der beiden Postulate Rieder (18.3610) «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement – Grundlagenbericht» und Graf (Postulat 20.3429) «Integrales Wassermanagement für die Schweiz» verabschiedet und Aufträge erteilt.

Kantone müssen Wasserressourcen regional bewirtschaften

Der Bund empfiehlt den Kantonen, die Wasserressourcen regional zu bewirtschaften. Die Kantone müssen feststellen, wieviel Wasser während einer Sommertrockenphase in einer Region in Flüssen, Seen und dem Grundwasser für die Nutzung noch zur Verfügung steht und wieviel Wasser Haushalte, Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig brauchen. Zeigt dieser Vergleich, dass Wasser knapp werden könnte, kann gute Planung helfen, weniger Wasser zu verbrauchen oder die Wasserspeicherung und -verteilung zu verbessern. Die regionale Trinkwasserversorgungsplanung soll weitergeführt werden, damit sich Wasserversorger in Notlagen aushelfen können.

Bessere Daten zur Wassernutzung

Für die Planung der Wasserressourcen muss bekannt sein, wieviel Wasser wann genutzt wird. Heute gibt es dazu kaum Daten. Deshalb erhält das BAFU den Auftrag zu prüfen, welche Daten zur Wassernutzung mit geringem Aufwand schweizweit erhoben werden können. Damit die Kantone einheitlich Daten über die Wassernutzung erheben können, erstellt das BAFU dazu Wissensgrundlagen und Konzepte.

Schliesslich soll ein Forschungsprojekt abschätzen, wie gross der Bedarf der Landwirtschaft an Wasser in Zukunft sein könnte. Das Bundesamt für Statistik prüft, ob es eine nationale Übersicht erstellen kann über die Wasserflüsse im Wirtschaftssystem und über die Wasservorräte («vereinfachte Wasserkonten»).

Kantone müssen künftig bei Trockenheit berichten

Neu will der Bund die Kantone verpflichten, bei Trockenheit zu berichten. Die Trockenheitsberichte sollen Informationen zum Wassermangel und den daraus resultierenden Konflikten, ergriffenen Schutzmassnahmen für Ökosysteme und Überlegungen zu Anpassungen für künftige Trockenheitsereignisse beinhalten. Auch sollen die Kantone dem Bund künftig mitteilen, wie viele Ausnahmebewilligungen sie der Landwirtschaft erteilt haben, wenn Mindestrestwassermengen in Gewässern im Notfall unterschritten werden. Diese Neuerungen erfolgen mittels Anpassung der Gewässerschutzverordnung.

Natürliche Gewässer sind widerstandsfähiger gegen Klimawandel

Die Ökosysteme der Gewässer müssen gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähiger werden. Ökologisch intakte Gewässer können den Klimawandel besser verkraften und die vielfältigen Ansprüche der Gesellschaft erfüllen. Seen, Flüsse, Bäche und Grundwasser müssen möglichst naturnah gehalten oder ihr Zustand muss entsprechend verbessert werden. Sie müssen geschützt werden vor übermässigen Wasserentnahmen sowie vor Verunreinigungen durch Schadstoffe und Düngemittel. Dafür sollen die Kantone die

Anforderungen des Gewässerschutzgesetzes umsetzen.

Landwirtschaft betroffen

Der Klimawandel wird sich insbesondere auch auf die Landwirtschaft auswirken. Der Bewässerungsbedarf muss durch eine klima- sowie standortangepasste landwirtschaftliche Produktion in Einklang mit den verfügbaren Wasserressourcen gebracht werden. Zu den möglichen Massnahmen gehören Anpassungen bei der Bewirtschaftung oder den Infrastrukturen. Die Agrarpolitik fördert bereits heute eine sparsame Bewässerung mit Beiträgen.

Adresse für Rückfragen

Petra Schmocker-Fackel, Stv. Abteilungsleiterin Hydrologie, Bundesamt für Umwelt, BAFU, Tel.: +41 58 46 476 66

Dokumente

Bericht «Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement» (PDF, 2 MB)

Links

<u>Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweizer Gewässer</u>

Herausgeber

Der Bundesrat

https://www.admin.ch/gov/de/start.html

Generalsekretariat UVEK

https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home.html

Bundesamt für Umwelt BAFU http://www.bafu.admin.ch

https://www.admin.ch/content/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-88853.html